

KOMMENTAR



Markus Bienenreut ist Geschäftsführer von Terranus. Foto: Terranus

Steigende Investitionskosten: Treibt das die Bewohner in die Sozialhilfe?

Im bundesweiten Vergleich liegt der Eigenanteil für einen Pflegeplatz bei neuen Einrichtungen in kaum einem Bundesland so hoch wie in Baden-Württemberg. Die Ursache dafür ist weitaus komplexer als auf den ersten Blick ersichtlich. Als „Übeltäter“ werden die hohen Investitionskosten angeführt, die die Eigenbeteiligung für die Heimbewohner steigen lassen. Doch dieser Erklärungsansatz greift zu kurz.

Natürlich lässt sich der Anstieg der Investitionskosten nicht wegdiskutieren. Doch dafür gibt es Gründe. So ist der Baupreisindex für Wohngebäude in Baden-Württemberg von 2017 bis 2024 um 52 Prozent auf 126,9 gestiegen. Darüber hinaus gilt es zu berücksichtigen, dass die Anforderungen an Pflegeimmobilien in den vergangenen Jahren aufgrund der Vorgaben der Landesheimbauverordnung deutlich gestiegen sind. Damit einher geht auch ein erhöhter Flächenbedarf und ein gestiegenes Bauvolumen. So sind etwa

Attraktivere Löhne und Arbeitsbedingungen müssen erst finanziert werden – und das geht häufig nur zulasten der Pflegebedürftigen.

größere Mindestflächen pro Zimmer vorgeschrieben. Strengere Anforderungen in puncto Brandschutz, Energieeffizienz und Haustechnik treiben die Baukosten zusätzlich nach oben. Wer allerdings in den höheren Investitionskosten den Hauptgrund sieht, warum Pflegebedürftige immer tiefer in die Tasche greifen müssen, übersieht andere Faktoren.

Zur Wahrheit gehört, dass die Kosten der Pflegevergütung seit 2017 deutlich gestiegen sind. Dazu ein Rechenbeispiel anhand einer ausgewählten Einrichtung: Die Kosten für diesen Pflegesatzbestandteil sind um rund 75 Prozent bzw. circa 45 Euro pro Bett und Tag in die Höhe geschossen. Zugleich ist der Investitionskostensatz aber nur um einen niedrigen einstelligen Prozentsatz gestiegen. Selbstverständlich braucht es attraktivere Löhne und Arbeitsbedingungen in der Pflege. Diese müssen jedoch erst finanziert werden – und das geht momentan häufig nur zulasten der Pflegebedürftigen. Ohne eine umfassende Reform der Pflegefinanzierung bleibt die finanzielle Lastenverteilung ein Dauerproblem. Daran ändern auch die Debatten über die Baukosten nichts.

> Siehe Beitrag „Stationäre Altenhilfe in der Kosten-Krise“ auf Seite 8.



Olga Sophie Ennulat, Redaktuerin
Foto: Daniel George

Wir müssen nur wollen

Die Erwartungen an den neuen Koalitionsvertrag könnten kaum höher sein – vor allem aus Sicht der Altenhilfe. Seit Jahren wird die Pflege im Klein-Klein reformiert, während die strukturellen Probleme wachsen. Jetzt schlagen die Fachverbände mit Nachdruck konkrete Maßnahmen vor: schnellere Vergütungsverhandlungen, gesetzlich geregelte Zahlungsfristen, Stärkung der Landespflegesatzkommissionen.

Die Forderungen sind berechtigt – sie adressieren den täglichen Druck, den Betreiber, Mitarbeitende, pflegebedürftige Personen und deren An- und Zugehörige schon lange gleichermaßen und vor allem immer deutlicher spüren. Die künftige Bundesregierung steht nun vor der Wahl: Kosmetik oder Kurswechsel? Kleinere Anpassungen mögen kurzfristig entlasten, doch langfristig entscheidet sich die Zukunft der Pflege nur durch eine umfassende Reform. Das neue Gutachten der Initiative Pro Pflegereform zum Beispiel zeichnet eine klare und mutige Vision. Eine Pflegevollversicherung mit begrenztem Eigenanteil, sektorenübergreifende Versorgung, individuelle Pflegearrangements. Wir müssen nur wollen und uns trauen!

> Siehe Beitrag „Was nun wichtig wird“ auf Seite 1 und Beitrag „In drei Stufen zum neuen Pflegesystem“ auf Seite 2.

Fortschritt braucht Engagement

Clusterkonferenz 2025: DPR-Präsidentin Vogler sieht Förderung digitaler Kompetenzen als essenzielle Aufgabe

Von Ina Fülkrug

Im Rahmen des Forschungsclusters „Zukunft der Pflege“ – unterstützt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) – werden soziale und technologische Innovationen in der Pflege zusammengebracht: Forschung, Wirtschaft und Pflegepraxis arbeiten gemeinsam mit Nutzenden an neuen Lösungen, die den Pflegealltag in Deutschland erleichtern und verbessern sollen. In ihrer Keynote anlässlich der Clusterkonferenz 2025 „Zukunft der Pflege“ in Berlin spricht Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR), eindringlich über die Notwendigkeit der Akademisierung und Digitalisierung in der Pflege. Sie macht deutlich, dass diese Entwicklungen essenziell sind, um die pflegerische Versorgung zukunftsfähig zu gestalten.

Ein zentrales Anliegen Voglers ist die Akademisierung der Pflegeberufe. Derzeit sind lediglich zwei Prozent der Pflegekräfte in Deutschland akademisch ausgebildet. Diese geringe Quote müsse dringend steigen, da akademisch qualifizierte Pflegekräfte einen anderen, nicht besseren, aber notwendigen Blick auf die pflegerische Versorgung mitbringen. Vogler stellt klar: „Wenn ich über Akademisierung in der Pflege spreche, schließe ich niemanden aus der Ausbildung oder aus den Weiterbildungen aus.“ Vielmehr solle die Akademisierung als Ergänzung und Weiterentwicklung verstanden werden. Ziel sei es, „Kompetenzentwicklung in der Pflege“ auf ein neues Niveau zu heben, um komplexe Versorgungsprozesse besser zu gestalten.

Rechtliche Rahmenbedingungen als Hemmnis: Ein weiteres Hindernis für Fortschritt sieht Vogler in den bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen. Sie betont: „In Deutsch-

land wird nichts bezahlt und nichts auf die Strecke gebracht, wenn es nicht gesetzeskonform ist oder wenn die Behörde kein Gesetz hat.“ Dies betreffe insbesondere die Einführung neuer Dokumentationssysteme, den Einsatz von Robotik oder die Finanzierung technischer Hilfsmittel. „Wenn wir keine Verordnungen haben zur Umsetzung von Dokumentationssystemen, zur Umsetzung von Robotik, zur Finanzierung von Pflege, dann wird es in vielen Model-

Pflegefachkräfte sollten aktiv an der Gestaltung digitaler Anwendungen mitwirken.

len verhaftet bleiben und sich nicht ausbreiten“, erklärt sie. Vogler appelliert daher an die Zuhörer:innen, sich politisch zu engagieren, sei es über Berufsverbände oder Parteien, um aktiv Einfluss auf Gesetzgebungsprozesse zu nehmen. „Wenn es kein Verband sein soll, wählen Sie eine Partei – Hauptsache, Sie bewegen sich!“, fordert sie eindringlich.

Digitale Kompetenzen fördern: Neben der Akademisierung sieht Vogler die Förderung digitaler Kompetenzen als eine essenzielle Aufgabe. Sie bemängelt, dass Digitalisierung oft an mangelndem Wissen und fehlenden Schulungen scheitert. Ein weiteres Problem sei die oft unverständliche Sprache in der IT-Branche, die Pflegekräfte ohne technischen Hintergrund ausschließe. „Ich sage immer: Stellt euch vor, ihr seid fünf Jahre alt und sprecht mit mir – ich muss es bitte verstehen!“, so Vogler. Sie plädiert daher für eine verständliche Kommunikation sowie eine curriculare An-

passung in der Pflegeausbildung, um digitale Fähigkeiten frühzeitig zu integrieren. „Die Einpflege der einzelnen Bedingungen in die Curricula muss viel aktueller und schneller gehen“, betont sie.

Beteiligung der Pflege an der Technologieentwicklung: Ein entscheidender Punkt ist für Vogler die Beteiligung von Pflegekräften an der Entwicklung neuer Technologien. Sie plädiert dafür, dass Pflegefachpersonen aktiv an der Gestaltung digitaler Anwendungen mitwirken sollten, um sicherzustellen, dass diese praxistauglich sind. Statt frustriert über nicht funktionierende Systeme zu klagen, sei es wichtiger, Verbesserungsvorschläge einzubringen und sich konstruktiv zu beteiligen. „Bitte melden Sie sich zu Wort, nutzen Sie die Dinge, die Ihnen begegnen – und zwar nicht mit einem Grollen im Magen, wenn es nicht funktioniert, sondern mit einem fröhlichen: ‚Super, hat nicht geklappt. Können wir besser machen!‘“ Sie betont, dass keine digitale Anwendung von Beginn an perfekt sei, sondern durch praktische Erfahrung weiterentwickelt werden müsse: „Diese Weiterentwicklung liegt auch in unserer Verantwortung als Pflegefachpersonen.“

Christine Vogler macht deutlich, dass Akademisierung und Digitalisierung keine isolierten Prozesse sind, sondern Hand in Hand gehen müssen. Nur durch eine stärkere Einbindung der Pflegekräfte in politische, technologische und akademische Entwicklungen könne die Pflegebranche zukunftsfähig gestaltet werden. Ihr Appell: „Engagieren, mitgestalten und Veränderungen aktiv vorantreiben – sei es in Verbänden, Parteien oder durch direkte Beteiligung an technologischen Entwicklungen.“

www.cluster-zukunft-der-pflege.de

Projekt GAP verlängert bis 2026

Projekt für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege läuft weiter

Das Projekt „Gute Arbeitsbedingungen in der Pflege zur Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf“ (GAP) der Pflegebevollmächtigten Claudia Moll wird bis mindestens 2026 fortgeführt. Seit 2021 unterstützt GAP Pflegeeinrichtungen dabei, die Arbeitsbedingungen für ihre Beschäftigten zu verbessern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu stärken. Bereits fast 600 ambulante und

stationäre Pflegeeinrichtungen nutzen das Angebot. Coaches analysieren vor Ort die Herausforderungen und entwickeln maßgeschneiderte Lösungen, etwa im Bereich Ausfallmanagement oder Kommunikation. Auch Konzepte für eine familienfreundliche Unternehmenskultur werden erarbeitet. Die Teilnahme am Projekt, die etwa 8 bis 15 Monate dauert, wird im Rahmen eines Förder-

programms mit 35 Prozent der Kosten bezuschusst. Das Projekt zielt darauf ab, die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass Pflegekräfte gerne arbeiten, Pflegebedürftige gut versorgt sind und die Wirtschaftlichkeit gesichert ist. (ck)

Interessierte Einrichtungen können sich weiterhin über www.gap-pflege.de anmelden.